**Morgen-Ausgabe.**

**Deutsches Nachrichtenbüro** GM. b. H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

| 3. Jahrg. 1936 | Berlin, Freitag, 13. November | Nr. 1514 |
|---|---|---|

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY
NOV 30 1936

### Reichsminister Rust in Wilhelmshaven.

**Wilhelmshaven, 13. November.** Die Bevölkerung der Hafenstädte Wilhelmshaven und Rüstringen hatte am Donnerstag Gelegenheit, den Reichsminister für Erziehung und Unterricht, Rust, zu hören.

Nachdem der Minister am Nachmittag vor den Offizieren und Beamten der Marinestation der Nordsee im Rahmen der Schulung, die von der Kriegsmarine im Winter durchgeführt wird, gesprochen hatte, hielt er abends bei einer großen Kundgebung eine Rede.

Er legte die Verhältnisse in der Zeit nach dem Jahre 1918 dar und umriß dann die großen Aufgaben, die der Führer seit 1933 gelöst habe.

### Berliner Professor erhält den Nobelpreis für Chemie.

**Stockholm, 12. November.** Die Akademie der Wissenschaften hat dem Professor Dr. phil. Peter Debye-Berlin für seine Beiträge zur Ergänzung der Kenntnisse über den Aufbau der Moleküle den Nobelpreis 1936 für Chemie verliehen.

### Wieder Rüstungsfrage vor dem Unterhaus.

**London, 12. November.** Im Unterhaus wurde am Donnerstag die Aussprache über die Verteidigung des britischen Weltreiches fortgesetzt.

Für die Labour Party erklärte **Attlee**, daß die Regierung zwar große Summen für die Rüstungen ausgegeben habe, daß es aber bisher an einer einheitlichen Strategie und Gleichschaltung der Verteidigung in allen Teilen des Imperiums fehle.

Winston **Churchill** brachte hierauf mit Unterstützung einiger anderer konservativer Abgeordneter einen Zusatzantrag ein, der besagte, daß die Stärke der britischen Streitkräfte und besonders der Luftstreitkraft in der gegenwärtigen Weltlage nicht mehr ausreiche, um den Frieden, die Sicherheit und die Freiheit des britischen Volkes zu gewährleisten.

An die Spitze seiner Ausführungen stellte Churchill wieder einmal seine üblichen Behauptungen über eine angebliche „deutsche Gefahr" und seine berüchtigten Erfindungen über das Ausmaß der deutschen Rüstungen. Diese schon reichlich abgegriffenen Argumente dienten Churchill zu seiner bekannten Schlußfolgerung, daß die westlichen Demokratien eng zusammenhalten müßten. Sie müßten alle Elemente der kollektiven Sicherheit sammeln und ihre Streitkräfte gegen einen Angriff zusammenfassen.

Ministerpräsident **Baldwin** verteidigte die Rüstungspolitik der Regierung. Einleitend sagte er, er sei davon überzeugt, daß in der britischen Politik alles getan werden müsse, was zum Frieden Europas beitrage, und daß andererseits England vorbereitet sein müsse, wenn der Frieden unglücklicherweise gebrochen werden sollte. Was die Bereitstellung von Menschenmaterial betreffe, so sei man heute in England beträchtlich weiter als im Jahre 1924. Die britische Regierung wisse genau, wie sie das Menschenmaterial sofort verteilen könne. Andere Fragen seien die Belieferung mit Brennstoffen und Munition, die Verteilung der Einfuhren, das Problem der Schiffahrt und der Abkürzung des Schiffsverkehrs nach anderen Häfen im Kriegsfall. Die Fertigstellung des Programms zur Behebung der zahlreichen Mängel vieler Zahre sei eine gewaltige Aufgabe, und das Programm müsse angefaßt und beschleunigt werden, um der sich dauernd verschlechternden internationalen Lage gerecht zu werden. Seit dem Frieden sei eine Zeit auf die andere gefolgt, worunter die schwierige Lage im Mittelmeer, die Wiederbesetzung des Rheinlandes, die Schwierigkeiten in Palästina und die Unruhen in Spanien. Trotz aller dieser Schwierigkeiten mache die englische Aufrüstung gute Fortschritte.

Zur Frage der Luftaufrüstung sagte Baldwin, daß die Herstellung von Flugzeugmotoren auf Grund des Programms für das Zahr 1937 völlig befriedigend sei, während die Lieferung fertiger Flugzeuge in einigen Fällen noch hinter der ursprünglich festgesetzten Zeit zurückbleibe. Nach dem neuen Plan eines Rüstungstrusts werde nach der Erprobung neuer Flugzeugtypen sofort eine Massenerzeugung dieser Typen einsetzen.

Baldwin lehnte im übrigen die Forderung nach Schaffung eines Munitionsministeriums ab und sagte weiter, Churchill habe mehr als einmal über die „Befürchtungen" (!) gesprochen, die nach den Ereignissen in Deutschland im Jahre 1933 entstanden seien (!), und über die Tatsache, daß die englische Regierung 1933 und 1934 nichts getan habe. Er, Baldwin, habe bereits öfters gesagt, daß eine Demokratie immer zwei Jahre hinter einer „Diktatur" herhinke. Die Regierung könne sich jedoch nicht auf die Leichtgläubigkeit des englischen Volkes verlassen, die sich vielleicht mit Verspätung äußern würden, aber mit Gewißheit und mit einer unzerstörbaren Einigkeit.

Er glaube, daß das englische Volk die feste Ueberzeugung gewinne, daß der Beschluß, eine Aufrüstung durchzuführen, die jeder möglichen Gefahr von irgendeiner Seite her gerecht würde, nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Diese Auffassung werde mit dem Glauben verbunden sein, daß England heute ebenso bemüht sei wie je, eine Erörterung der Frage einer Rüstungsverminderung und besonders einer Verminderung der Luftrüstungen durch alle Länder Europas herbeizuführen. Solange dieser Tag jedoch noch nicht gekommen sei, könne die Entscheidung der Regierung und des Volkes durch nichts erschüttert werden.

Abschließend erklärte Baldwin: „Unsere gesamten Bemühungen auf diplomatischem und außenpolitischem Gebiet werden auf eine Vereinbarung und auf den Frieden mit allen Mächten gerichtet sein. Gleichzeitig werden unsere gesamten Anstrengungen der großen Frage der Verteidigung und des Schutzes des englischen Volkes gewidmet sein. Wir werden nicht für einen Augenblick in unseren Maßnahmen nachlassen, denn wir wissen, daß es keinen Frieden in Europa mit Sicherheit geben kann, solange nicht jedes Land weiß, daß wir für den Krieg vorbereitet sind.

Der liberale Abänderungsantrag zur Dankadresse an den König, der das Fehlen einer Kontrolle des Waffenhandels bedauert, wurde mit 337 gegen 131 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde die Adresse an den König ohne Abstimmung angenommen.

### Ein Dementi Sir Oswald Mosleys.

**London, 12. November.** Der britische Faschistenführer Sir Oswald Mosley wies am Donnerstag abend eine Erklärung des Innenministers Sir John Simon im Unterhaus, seine Partei erhalte Gelder aus dem Ausland, energisch zurück.

„Es ist völlig unwahr", so erklärte er, „daß der britische Faschistenverband irgendwelche Gelder von ausländischen Quellen bezieht. Wir fordern, daß Simon Beweise für seine Behauptung beibringt. Die Parteigelder sind in den Händen des Parteitrusts, der die Anweisung hat, nur von englischer Seite Geld einzusammeln."

Das kommunistische Hauptquartier in London äußerte sich gleichfalls zu der Mitteilung Simons, daß auch die Kommunisten Geld aus dem Ausland bezögen. Dieses Dementi war jedoch bedeutend vorsichtiger. Es wird lediglich behauptet, daß man von dieser Sache nichts wisse.

### „Giornale d'Italia" über die Wiener Konferenz.

**Rom, 12. November.** Das halbamtliche Giornale d'Italia nimmt in einem Kommentar eingehend zu der soeben in Wien abgeschlossenen Konferenz der Mächte der Römer Protokolle Stellung. Das Blatt gliedert die auf der Konferenz behandelten Fragen in drei Gruppen, die die direkten Beziehungen der drei Staaten untereinander, ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten und schließlich verschiedene allgemeine Ziele der europäischen Politik umfassen. In seiner Betrachtung weist das Blatt zunächst auf die Anerkennung des italienischen Zmperiums durch Oesterreich und Ungarn hin, womit unter Berücksichtigung der vorausgegangenen Anerkennung von Seiten Deutschlands ein weiter Raum Mitteleuropas die italienische Stellung in Ostafrika anerkannt habe.

Nachdrücklich wird in dem Aufsatz betont, daß man es bei dem „italienisch-österreichisch-ungarischen Verein" keinesfalls mit einer Blockbildung zu tun habe, die im Gegensatz zu anderen Gruppen stehe. Die römischen Protokolle seien vielmehr als erste Etappe auf dem Wege zu einer Neuordnung des Donauproblems zu werten, wobei ihre Ausdehnung auf andere Donaustaaten jedoch nur langsam erfolgen könne. Man müsse dabei vor allem den Umstand berücksichtigen, daß die kleine Entente nicht als in sich geschlossene Einheit betrachtet werden könne. Dementsprechend könne jeder der Staaten der kleinen Entente auch nur im Rahmen von Einzelverhandlungen mit den Mächten der Römer Protokolle hinsichtlich einer etwaigen engeren Fühlungnahme in Verbindung treten. In Anbetracht der offensichtlichen Unterschiede in der politischen Zielsetzung der einzelnen Mitgliedstaaten der kleinen Entente, wobei vor allem auch auf die Einstellung zu Sowjetrußland verwiesen wird, müsse zunächst eine grundsätzliche Klärung der Lage abgewartet werden.

Die neuen Abmachungen, so schreibt das Blatt weiter, zwischen den einzelnen Protokollstaaten und anderen Ländern müßten demnach in Form zweiseitiger Verträge abgeschlossen werden. Im Gegensatz zu den Beziehungen zu den Staaten der kleinen Entente seien die Beziehungen zwischen den Protokollstaaten und Deutschland mit ihren offenkundigen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen im Donauraum vollkommen geklärt und bilden ein stabiles System gleichgerichteter Ziele.

Das Blatt tritt im weiteren Verlauf seiner Betrachtung warm für die Wiedergutmachung der an Ungarn begangenen Ungerechtigkeiten ein. Als letztes Ergebnis der Wiener Konferenz wird schließlich noch die Ausdehnung der antikommunistischen Front bezeichnet, die keine Kriegslösung, sondern eine neue Bürgschaft des Friedens bedeute.

### Bottai italienischer Erziehungsminister.

**Rom, 12. November.** Der Gouverneur von Rom, Bottai, ist, wie amtlich bekanntgegeben wird, zum Erziehungsminister ernannt worden. Der bisherige Erziehungsminister de Vecchi wurde zum Gouverneur von Rhodos und den Inseln des Dodekanes ernannt.

### 20 Tote bei einem Flugzeugabsturz.

**Rom, 12. November.** Bei dem Absturz eines italienischen Bombenflugzeuges am Monte Lepini östlich von Littoria kamen außer vier Mann Besatzung 16 Dorfbewohner ums Leben, die bemüht waren, nach der Notlandung Hilfe zu leisten.

Die Bauern, die zu dem Notlandeplatz eilten, wurden das Opfer einer Benzinexplosion und verbrannten bei lebendigem Leibe. 40 Personen sollen schwere Brandwunden erlitten haben.

### Neue amerikanische Riesenbrücke dem Verkehr übergeben.

**New York, 13. November.** Präsident Roosevelt eröffnete am Donnerstag abend den Verkehr auf der neuen Riesenbrücke zwischen San Francisco und Oakland, indem er im Weißen Haus in Washington die neuartige Brückenbeleuchtungsanlage durch Drücken eines Knopfes einschaltete. Die Eröffnungsfeierlichkeiten werden drei Tage dauern.

Nachdem erst kürzlich die große Triborough-Brücke, die drei New Yorker Stadtteile miteinander verbindet, eröffnet worden ist, wurde durch die neue Brückeneinweihung ein weiteres Riesenbauwerk seiner Bestimmung übergeben. Die San Francisco-Bay-Brücke hat eine Gesamtlänge von über 17,5 km. Die Anlage weist 51 Pfeiler auf. Die Baukosten, beliefen sich auf 77 Millionen Dollar und die Bauzeit betrug drei Jahre. Die neue Beleuchtungsanlage macht das Einschalten von Autoscheinwerfern unnötig.

### Zwangsstillegung japanischer Baumwollfabrik in Schanghai.

**Schanghai, 12. November.** Ein Lohnstreik in der Schanghaier Spinnerei-Industrie, der bisher drei chinesische und neun japanische Baumwollspinnereien mit etwa 20 000 Arbeitern erfaßt hatte, führte am Donnerstag zu einem ernsten Zwischenfall. Streikende Chinesen drangen in das Gebäude der bisher vom Streik noch nicht betroffenen japanischen Kongdah-Spinnerei ein, setzten den Betriebsgewaltsam still und zerstörten die Maschinenanlagen. Ein starkes Polizeiaufgebot konnte die Streikenden schließlich auseinandertreiben und die Ruhe wiederherstellen.

### Italien stellt die Sowjetunion an den Pranger.

**London, 13. November.** Der Hauptausschuß des Nichteinmischungsausschusses hielt Donnerstag nachmittag eine fünfeinhalbstündige Sitzung ab, in der sich vor allem mit dem Frage der Einsetzung eines Ueberwachungsausschusses und der Prüfung von Vertragsbrüchen durch die Sowjetunion befaßte.

Zu einer amtlichen nach Schluß der Sitzung ausgegebenen Verlautbarung heißt es, daß der Ausschuß einem System der Ueberwachung in Spanien zugestimmt habe unter der Voraussetzung einiger wichtiger Verbesserungen und der Tatsache, daß die betreffenden Regierungen dem Plan ihre Zustimmung gäben. Der Unterausschuß hoffe, zu gewissen Punkten bald Vorschläge machen zu können, die einstweilen zwecks Einholung weiteren Rates bei Fachkundigen noch zurückgestellt worden seien.

Der Ausschuß wandte sich dann der Beratung einer von der italienischen Regierung vorgebrachten Beschwerde wegen gewisser Verletzungen des Nichteinmischungsabkommens durch die Sowjetunion zu. Der italienische Vertreter gab zunächst eine allgemeine Erklärung auf die Antwort der Sowjetregierung ab. Er führte aus:

„Die Sowjetunion versucht sich hier als demokratisches Lamm aufzuspielen mit der alleinigen Absicht, die übrigen Mitglieder des Abkommens in ihrem Vertrauen zu übertrumpeln und die rote Flagge der kommunistischen Revolution weiß zu machen. Die Durchführung des Sowjetprogramms, die Schaffung eines Systems von Zellen in Spanien und die Aktivität in der Propaganda und der Aufwiegelung sind allein verantwortlich für den Zustand des Unfriedens und der Gesetzlosigkeit, der dem augenblicklichen Bürgerkrieg voranging. Vor Ausbruch des Bürgerkrieges und vor und nach der Unterzeichnung des Nichteinmischungsabkommens hat es keine Formen mittel- oder unmittelbarer politischer, finanzieller und militärischer Einmischung gegeben, die Sowjetrußland nicht offen oder versteckt durchgeführt hat."

Als Antwort auf die Sowjeterklärung, daß die einzige Form der Unterstützung darin bestanden hätte, Lebensmittel und unbedingt notwendige Artikel nach Spanien zu schicken, legte der italienische Vertreter Photographien von Sowjetwaffen und -munition vor, die erst kürzlich von den Truppen Francos erobert wurden.

Außerdem wurden Photographien der Leichen von Leuten vorgelegt, die von den Roten ermordet wurden.

Eingehend auf die Flucht der roten spanischen „Regierung" aus Madrid, erklärte der italienische Vertreter: „So endet unter Feuer und Blut der größte Versuch, den das bolschewistische Rußland je gemacht hat, um eine Weltanschauung mit Gewalt und Hungersnot über seine Grenzen hinauszutragen. Der Sowjetvertreter hat diese Weltanschauung als eine solche des Friedens bezeichnet; die Tatsachen aber widerlegen ihn. Es ist vielmehr eine Weltanschauung, die auf Klassenhaß und Bürgerkrieg gegründet ist, und es ist eine Weltanschauung des Krieges.

**„Stalin, das Haupt der bolschewistischen Revolution, hat in seiner Botschaft erklärt, daß es die Pflicht der Sowjetunion sei, jede nur in ihrer Macht liegende Unterstützung der spanischen kommunistischen Revolution zu geben, um so mehr als die „Befreiung Spaniens von faschistischer Unterdrückung" nicht eine Privatangelegenheit der Spanier, sondern die gemeinsame Sache des Kommunismus sei. Wir aber nehmen die Herausforderung an unter unserer alten und siegreichen Flagge. Italien ist in der Tat davon überzeugt, daß es nicht nur um die Zukunft Spaniens, sondern um die des gesamten zivilisierten Europas geht, die heute auf dem Spiele steht."**

Der Sowjetvertreter, aus dessen Rede die amtliche Verlautbarung einen Auszug veröffentlicht, konnte diese schweren Anklagen nicht widerlegen und beschränkte sich deshalb unter Anspielung auf den Krieg in Abessinien auf einen Gegenangriff gegen Italien.

Vier Beschwerdepunkte der italienischen Regierung gegen die Sowjetunion, den Vertrag gebrochen zu haben, wurden dann von dem Ausschuß behandelt. Der erste bezog sich auf die Ankunft von dreißig oder mehr getarnten Sowjetflugzeugen mit Motorenzubehören in Barcelona Mitte September. Hierzu erklärte der Vertreter, daß er nicht glaube, daß das Beweismaterial genau genug sei, um den Ausschuß zu der endgültigen Feststellung zu bringen, daß ein Bruch des Abkommens begangen worden sei.

Der zweite Fall bezog sich auf Benzinlieferungen durch Sowjetschiffe nach Spanien. Zu diesem Falle stimmte der Ausschuß der Feststellung zu, daß nach der augenblicklichen Lage kein tatsächlicher Bruch des Abkommens vorliege.

Die Abkommandierung von Sowjetoffizieren nach Spanien war der dritte Anklagepunkt. Hierzu meinte der Vorsitzende, daß es zweifelhaft sei, ob die bewiesenen Tatsachen, selbst wenn sie zuträfen, einen Bruch des Abkommens in buchstäblichem Sinne bedeuteten, obwohl sie natürlich einen Verstoß gegen den Geist des Vertrages darstellten. Er glaube, daß dieser Fall nicht voll begründet sei.

Der vierte und letzte Vorwurf besagte sich mit der Landung von Gewehren, Granaten usw. in Barcelona am 20. September durch ein Sowjetschiff, das am Tage vorher Weizen ausgeladen hatte.

Nach Behandlung des zusätzlichen Beweismaterials erklärte der Vorsitzende, daß der italienische Vertreter weitere Informationen zur Stützung dieses Vorwurfes vorgebracht habe, und daß der Ausschuß, da der Sowjetvertreter zugesagt habe, weitere Informationen einzuholen, nur warten könne, bis dieses Material verfügbar wäre.

Der Vorsitzende kündigte an, daß die nächste Sitzung des Unterausschusses in der nächsten Woche abgehalten werden solle. Der Vertreter Oesterreichs teilte darauf mit, daß er zu den italienischen Vorwürfen und der Erwiderung der Sowjets auf der nächsten Sitzung des Ausschusses einige Bemerkungen zu machen wünsche.

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich abschließend bereit, die Ansichten ihrer Regierungen über finanzielle Fragen des vorgeschlagenen Ueberwachungssystems in Spanien einholen zu wollen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.